

Martin Sabrow

100 Jahre politischer Mord

Vortrag Schloss Freienwalde, 26.11.2021

Über 300 rechtsterroristische Mordanschläge erlebte die erste deutsche Demokratie in ihren Anfangsjahren nach 1918. Eine Sonderstellung unter ihnen nehmen drei auffallend ähnliche Mordanschläge ein, die in der Weimarer Frühzeit auf drei prominente Demokraten verübt wurden: Matthias Erzberger, Philipp Scheidemann und Walther Rathenau. Der Vortrag nimmt die 100jährige Wiederkehr der politischen Attentatsserie von 1921/22 zum Anlass, um die Hintergründe dieses mörderischen Angriffs auf die junge Demokratie zu beleuchten und nach möglichen Verbindungslinien zwischen der Weimarer Gewaltkultur und der Gegenwart zu fragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir stehen an einer hundertjährigen Jahreswende, die bis heute an die erschreckene Instabilität und Gewalthaltigkeit der frühen Weimarer Republik erinnert, nämlich die Serie politischer Morde erst gegen den früheren Reichsfinanzminister Matthias Erzberger, der im August 1921 in einem einsamen Waldstück am Kniebis im Schwarzwald den Kugeln zweier Attentäter erlag, die ihn über Tage hinweg ausgespäht und an diesem Vormittag auf seinem Spaziergang zum Kniebis hoch verfolgten. Diesem in der Öffentlichkeit teils schockiert, teils auch heimlich oder offen zustimmend aufgenommenen Attentat folgten im Juni 1922 zwei weitere Anschläge auf prominente Weimarer Politiker, nämlich den vormaligen ersten demokratischen Ministerpräsidenten nach der von ihm selbst ausgerufenen Novemberrevolution Philipp Scheidemann in Kassel, wo er mittlerweile als Oberbürgermeister amtierte. Und nur zwei Wochen später erlag schließlich der deutsche Reichsaußenminister und Eigentümer dieses Schösschens Freienwalde, in dem wir heute zusammenkommen, dem Attentat dreier Rechtsextremisten, die ihr Opfer auf dessen Fahrt ins AA auf der Koenigsallee in Berlin-Grunewald verfolgt hatten und aus einem fahrenden PKW aus erschossen.

Anspruch meines heutigen Vortrags ist es, diese Ereignisse unter dem Titel „100 Jahre politischer Mord“

Der Beginn des Rechtsterrorismus

Allerdings markierte sein Tod am 26. August 1921 nicht den Beginn des Rechtsterrorismus. Attentate gegen prominente republikanische Politiker begleiteten die Gründung der Weimarer Republik von Anfang an. Am 21. Februar 1919 wurde der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner in München auf dem Weg zur konstituierenden Landtagssitzung des, auf der er seinen Rücktritt erklären wollte, von einem bayerischen Offizierssohn Anton Graf von Arco-Valley ermordet, der zuvor aus antisemitischen Gründen aus der antisemitischen Thule-Gesellschaft ausgeschlossen worden war. Am 9. Juni 1921 wurde der bayerische USPD-Fraktionsvorsitzende Karl Gareis nach einem Vortrag im Mathäserbräu in München vor seinem Haus von einem Unbekannten durch einen Kopfschuss tödlich verwundet; am 7. November 1919 erlag der USPD-Fraktionsvorsitzende Hugo Haase den Folgen eines am 8. Oktober 1919 auf ihn verübten Attentats, dessen Schuldige nie gefunden wurden. Politikerattentate waren allerdings nur eine Seite des Weimarer Rechtsterrorismus. Eine andere bildeten die vielen Tötungsdelikte in der Revolutionszeit, die von Freikorpsangehörigen gegen Non-Kombattanten begangen wurden, insbesondere die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919, aber auch die Exzesstaten gegenrevolutionärer Freikorpsoldaten im Zuge der Niederwerfung der Räterepubliken und namentlich bei der Eroberung Münchens etwa mit dem Münchner Gesellenmord oder der Ermordung Gustav Landauers und später in den Baltikums-kämpfen.¹ Eine dritte Seite schließlich bilden die zahlreichen Fememorde, die rechtsradikale Täter gegen vermeintliche Verräter und Abtrünnige verübten; die Blutspur dieser besonders in Pommern und Bayern grassierenden Mordtaten zieht sich der Erdrosselung eines Münchner Dienstmädchens Maria Sandmayer am 6. Oktober 1920, das des Verrats eines illegalen Waffenverstecks an die Alliierten beschuldigt wurde, bis zur Ermordung des pfälzischen Separatistenführers Franz Joseph Heinz, genannt Heinz-Orbis, am 9. Januar 1924 im Speisesaal des Speyerer Hotels Wittelsbacher Hof; Emil Julius Gumbel stellte in seiner berühmten Übersicht „Vier Jahre politischer Mord“ in den Jahren 1919 bis 1922 354 politisch motivierte Morde aus dem rechten Spektrum 22 Morden aus dem linken Spektrum gegenüber.

¹ An ihre präzedenzlose Brutalität erinnerte sich der Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß vor seiner Hinrichtung so: „Die Kämpfe im Baltikum waren von einer Wildheit und Verbissenheit, wie ich sie weder vorher im Weltkrieg noch nachher in all den Freikorpskämpfen erlebt habe. Eine eigentliche Front gab es kaum, der Feind war überall. Und wo es zum Zusammenstoß kam, wurde es eine Metzerei bis zur restlosen Vernichtung“. Höß, Kommandant in Auschwitz, S. 49.

Der Erzbergermord

In dieser Blutspur des Weimarer Rechtsterrorismus nimmt der Erzbergermord eine Sonderstellung ein. Erzbergers Mörder Heinrich Tillessen und Heinrich Schulz entkamen mit Hilfe der bayerischen Polizei nach Ungarn und emigrierten später weiter nach Spanien bzw. Afrika und blieben bis zur Jahreswende 1932/33 im Exil, um erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Offenburg vor Gericht gestellt und erst vom LG bzw. OLG Offenburg freigesprochen und dann von dem tribunal général in Rastatt zur 15 bzw. 13 Jahren Zuchthaus verurteilt und 1952 amnestiert zu werden. Anders als viele andere politische Kapitalverbrechen stellte der Überfall keine situative Gewaltentladung und keine isolierte Einzeltat dar, sondern entsprang einem vorbereiteten Plan und gehörte zu einer Serie gleichgearteter Anschläge, die nach Erzberger zu Pfingsten 1922 Philipp Scheidemann in Kassel ins Visier nahmen und am Johannistag desselben Jahres Walther Rathenau in Berlin. Alle drei Attentate waren Teil der Putschstrategie einer weitverzweigten Geheimorganisation, die von ihrer Münchner Zentrale aus den Sturz der Reichsregierung zu organisieren versuchte. Der Kopf dieser „Consul“ genannten Geheimorganisation war der im April 1920 nach Bayern ausgewichen und für die Reichsbehörden untergetauchten Freikorpsführer Hermann Ehrhardt, der mit Hilfe eines nach ihm benannten Freiwilligenverbandes im Auftrag der Reichsregierung während der ersten Jahreshälfte 1919 gegen die Rätebewegung in Berlin und dem Reich vorgegangen war und im März 1920 die militärische Absicherung des gegenrevolutionären Kapp-Lüttwitz-Putsches in Berlin übernommen hatte. Das Scheitern dieses Putschversuchs hatte den militanten Gegenrevolutionären um Ehrhardt gezeigt, dass eine Zerschlagung des „Weimarer Systems“ ohne den Beistand der Reichswehr oder gar gegen sie aussichtslos sei. Die Reichswehr, die während des Kapp-Putsches Neutralität wahrte, fühlte sich auch unter Hans von Seeckt einer abstrakten Staatsidee verpflichtet, die zu jeder Regierungsform und auch zur bestehenden Republik gleiche Distanz wahrte. Er hatte aber auch klargemacht, dass seine Truppe gegen jede gewaltsame Absetzung der verfassungsmäßigen Regierung vorgehen würde, gleichviel, ob die Herausforderung von links oder rechts komme. Da die Kräfte, über die Ehrhardt verfügte, für einen frontalen Angriff auf die Republik bei weitem zu schwach waren, konnte der gegenrevolutionäre Staatsstreich nur bei indirektem Vorgehen Aussicht auf Erfolg haben, nämlich im Gefolge einer vorgeblichen Verteidigung der Reichsregierung gegen einen gemeinsamen Feind. Es kam daher entscheidend darauf an, das Gewaltpotential der Linken in Deutschland zu einem bewaffneten Aufstand zu reizen, um dann unter Zustimmung großer Teile des die Bolschewisierung fürchtenden Bürgertums und zusammen mit der Reichswehr durchzusetzen, was während der Freikorpskämpfe von 1919 und 1920 versäumt worden war: die Zerschlagung der Weimarer Republik und die Errichtung der Diktatur von rechts.

Wie sich in der polizeilichen Ermittlungsarbeit nach dem Erzbergermord zeigte, hatte die O.C.

in der Folgezeit im Zuge ihrer militärischen Sammlungsbewegung ein sich über ganz Deutschland erstreckendes Netz von Bezirksorganisationen gespannt, die von der Zentrale kontrolliert und geführt wurden. Die in sieben Oberbezirke zusammengefassten Bezirke waren in Ortsgruppen untergliedert, denen „Unterführer“ oder „Vertrauensleute“ vorstanden, die ihre Anweisungen über die ihnen vorgesetzten Bezirksleiter von der Münchener Zentrale erhielten und auf Befehl der Zentrale innerhalb von 24 Stunden einsatzbereit zu sein hatten. Was Ehrhardt auf diese Weise von der „Ordnungszelle“ Bayern aus mit Duldung der Behörden und finanzieller Förderung aus Unternehmerkreisen geschaffen hatte, war eine veritable Schläferarmee im Untergrund, die mindestens 5.000 und höchstens 25.000 besoldete Brigadeangehörigen umfasste und darüber hinaus bis zu 100.000 Mitglieder von Wehrverbänden und Zeitfreiwilligenorganisationen, die sich Ehrhardt unterstellt hatten, In seiner polizeilichen Vernehmung hatte ein auskunftsfreudiger Ortsgruppenleiter der O.C. diese Strategie im Herbst 1921 noch unbefangen ausgeplaudert: „Die Initiative für einen Rechtsputsch wird verworfen oder aber nur dann ergriffen werden, wenn mit 99% ein gesicherter Erfolg vorauszusehen ist. Die Führer haben erklärt, einen Mißerfolg wie in den Kapptagen ein zweitesmal nicht erleben zu wollen. Darum soll die Gelegenheit eines Linksputsches abgewartet und ergriffen werden.“ Diese Überlegung bildete den Kern der sogenannten Provokationsstrategie, die ein Mitverschwörer der Attentate auf Scheidemann und Rathenau in einer späteren Veröffentlichung am Ende der Weimarer Republik so ausdrückte: „Wir dürfen nicht zuerst losschlagen. Die Kommunisten müssen es tun! [...] Man muß sie dazu zwingen. [...] Man muß Scheidemann, Rathenau, Zeigner, Lipinski, Cohn, Ebert und die ganzen Novembermänner hintereinander killen. Dann wollen wir doch mal sehen, ob sie nicht hochgehen in Korona, die rote Armee, die U.S.P., die K.P.D.“² In einer späteren Darstellung präziserte derselbe Autor die taktische Funktion noch, die der politische Mord in diesem Szenario hatte: Es handle sich um „die macchiavellistische Utopie [...], durch Rathenaus Tod die Kommunisten zum Losschlagen bewegen zu wollen, damit im Gegenschlag der schnell aufgestellten Freikorps Ehrhardt die Macht an sich reißen und die Diktatur verhängen könne“.³

Die Ermordung des früheren Reichsfinanzministers Matthias Erzberger traf einen Mann, der zu den profiliertesten Repräsentanten des Weimarer Staates zählte und gleichzeitig als Verkörperung eines neuen Politikertypus des demokratischen Zeitalters eine Zielscheibe des Spotts und der Verachtung der bisherigen Gesellschaftseliten darstellte. Erzberger hatte sich aus einfachen Verhältnissen als Journalist und Berufspolitiker hochgearbeitet und galt in seiner Umtriebigkeit als geschäftiger Pavenu. Während des Ersten Weltkrieges vom Propagandisten des Siegfriedens zum Vorkämpfer der Verständigung gewandelt, war der Zentrumsolitiker Erzberger, dessen

2 Friedrich Wilhelm Heinz, Sprengstoff, Berlin 1930, S. 76.

3 Friedrich Wilhelm Heinz, Heinz, Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus, Berlin 1933, S. 139.

Unterschrift unter der Kapitulation von Compiègne stand, schon lange einer der bestgehassten deutschen Politiker geworden, bevor er als Reichsfinanzminister eine so grundlegende wie unpopuläre Steuerreform durchsetzte und die von Karl Helfferich geführte Rechtsopposition ihn mit einer erbarmungslosen Hetzkampagne überzogen hatte. Der von Helfferich geprägte Schlachtruf „Fort mit Erzberger“ zielte auf die Republik selbst und machte den katholischen Berufspolitiker zur Zielscheibe eines wahren Trommelfeuers von Angriffen, deren Maßlosigkeit schlechterdings nicht mehr zu überbieten war. Zeitungen der radikalen Rechten wie der „Miesbacher Anzeiger“ beschimpften Erzberger als „Schurken“ und „feistgefressene[n] Lumpen, das Urbild schmutziger Käuflichkeit“⁴; deutschnationale Reichstagskollegen brandmarkten ihn öffentlich als „unseligsten Menschen“ und „fleischgewordene Sünde“, die „der Zorn Gottes dem deutschen Volk als Zuchtrute auf den Leib gebunden habe“.⁵ Der demagogische Feldzug hatte Erfolg: Erzberger wurde im März 1920 in einem von ihm selbst angestrebten Gerichtsverfahren gegen Helfferich der Verquickung von persönlichen Geldinteressen und Politik für überführt befunden und trat sofort von seinem Amt als Finanzminister zurück, nachdem das Gericht die Anschuldigungen seines deutschnationalen Widersachers nur mit einer lächerlich geringen Geldstrafe geahndet hatte. Doch gelang es Erzberger in der Folgezeit gelungen, den auf ihm lastenden Verdacht der Steuerhinterziehung und des Meineides restlos zu entkräften. Trotz der haßerfüllten Feindschaft, die ihm in Deutschland entgegenschlug, war er daher gewillt, Ende August 1921 in die Politik zurückzukehren.

Der Mordanschlag, der ihn an der Umsetzung dieser Absicht hinderte, kam nicht gänzlich überraschend. In Wirtshausparolen galt es als „eine Schande und eine Schmach für Deutschland, daß ein solcher Kerl noch immer nicht weggeschafft sei“.⁶ Von der Polizei war Erzberger gewarnt worden, dass die Gefahr für ihn steige, je näher seine Rückkehr in die Politik bevorstünde. Im Mai 1920 wurde auf einer Wahlversammlung eine Handgranate auf ihn geworfen, und schon am Anfang desselben Jahres war er bei einem Pistolenattentat erheblich verletzt worden, das ein zwanzigjähriger Fähnrich namens Oltwig von Hirschfeld während des Beleidigungsprozesses Erzberger-Helfferich auf ihn verübt hatte. Der wegen versuchten Mordes angeklagte Attentäter versicherte glaubhaft, in niemandes Auftrag gehandelt zu haben, sondern nach der Lektüre von Helfferichs Broschüre „Fort mit Erzberger“ den Entschluss zur Tat gefasst zu haben, weil „er meinte, Helfferichs Aufforderung, Erzberger zu entfernen, müsse wörtlich genommen werden“.⁷ Hirschfeld genoss die kaum verhohlenen Sympathien des Gerichts und wurde lediglich wegen gefährlicher Körperverletzung unter Zubilligung mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten verurteilt. Denn, so führte das Schwurgericht des

4 Hoegner, Die verratene Republik, S. 100.

5 Zit. n. ebd., S.62.

6 Epstein, Matthias Erzberger, S. 431.

7 Ebd., S. 401.

Landgerichts I in Berlin in seiner Urteilsbegründung aus, der Angeklagte habe den Minister zwar „mit der Schußwaffe auf Monate arbeitsunfähig und damit vorerst unschädlich machen“ wollen. Strafmildernd sei aber in Betracht zu ziehen, daß er durch „die Lektüre von Zeitungen, Broschüren und durch den persönlichen Eindruck, den der Reichsminister Erzberger in dem Beleidigungsprozeß gegen den Staatsminister a.D. Dr. Helferich [sic!] auf ihn [...] machte, [...] so gegen den Reichsminister beeinflusst worden [sei], daß er zu der Tat schritt“.⁸ Hatte sich also das Opfer den Anschlag nach diesen Ausführungen nicht zuletzt sich selbst zuzuschreiben, so meinte das Gericht auf der anderen Seite zugunsten des Angeklagten würdigen zu sollen, dass er „sonst von idealer Gesinnung“ sei. Und es vergaß nicht, darauf hinzuweisen, dass „zahlreiche Personen aus den verschiedensten Kreisen die Tat des Angeklagten gebilligt und ihn beglückwünscht haben“. Wie feindlich Teile der Öffentlichkeit gegen Erzberger eingestellt waren, zeigte sich am deutlichsten darin, dass in konservativen Kreisen selbst dieses der Gerechtigkeit hohnsprechende Tendenzurteil noch als zu hart empfunden wurde, wie ein Gnadengesuch vom 9. September 1920 unterstrich, das den Hinweis auf Erzbergers „unheilvolle“ Tätigkeit nicht vergaß.⁹ Zwar wurde dem Gesuch mit Rücksicht auf den nur zufällig glimpflichen Ausgang des Überfalls nicht stattgegeben; Hirschfeld erhielt später gleichwohl bedingten Strafaufschub.

Ganz anders reagierte die Öffentlichkeit zwei Jahre später auf die Ermordung Walther Rathenaus, der am 24. Juni 1922 auf der Fahrt zum Auswärtigen Amt in Berlin einem Anschlag zum Opfer fiel. Die Nachricht von der Ermordung löste eine ungeheure Erregung in der Bevölkerung aus. Im Reichstag wandte sich Reichskanzler Joseph Wirth mit bitterer Empörung an die Rechtsparteien: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts.“ Nie zuvor und nie danach war die Erschütterung über die Gewalt gegen Politiker in Deutschland größer als in diesen Tagen, und mit ihr wuchs die politische Entschlossenheit, die bedrohte Republik zu schützen. Der Reichstag verabschiedete ein Republikenschutzgesetz, das ein scharfes Schwert gegen die Untergrabung der Republik hätte bilden können, wenn es von der Rechtsprechung nicht alsbald entschärft worden wäre. Nach einer misslungenen Flucht nach Dänemark wollten sich die Haupttäter Erwin Kern und Hermann Fischer in die „Ordnungszelle“ Bayern nach München retten. Unterwegs wurden sie jedoch auf der thüringischen Burg Saaleck aufgespürt und kamen in einem Feuergefecht mit der Polizei ums Leben. Die überlebenden Tatbeteiligten wurden vom Staatsgerichtshof zu teils empfindlichen Strafen verurteilt. Die Rolle der O.C. als Drahtzieherin hingegen blieb vor genauerer Aufdeckung bewahrt.

8 LAB, Rep. 58, Generalstaatsanwalt 1919-1933/45, Urteil gegen Oltwig von Hirschfeld, 21.2.1920.

9 Ebd., Gnadengesuch vom 9.11.1920 an den Beauftragten für Gnadensachen beim LG I in Berlin.

Die Kultur der Gewalt

Wie erklärt sich die Kultur der Gewalt, die in den erschütternden Mordanschlägen der frühen Weimarer Republik zum Ausdruck kommt, und wie erklärt sich die uneinheitliche und unzureichende Aufarbeitung der geschilderten Gewalttaten? Zum einen ist hier der Kontext des verlorenen Kriegs zu nennen, der den Wert des menschlichen Lebens in einer uns kaum vorstellbaren Weise herabgemindert und zu einer Verrohung des gesellschaftlichen Umgangs geführt hat, wie sie in der „Welt von Gestern“, um Stefan Zweigs elegischen Abgesang an die europäische Kultur vor 1914 zu zitieren, nicht vorstellbar schien. Es wäre allerdings kurzschlüssig, die vierjährige Fronterfahrung unmittelbar als Motor der Nachkriegsgewalt zu deuten - dagegen spricht schon die andersartige Entwicklung in den Siegerländern, die nach 1918 wie in Frankreich, England und in den USA zu einem zivilen Zusammenleben zurückfanden. Auch verlief die Novemberrevolution alles andere als gewaltsam, und die Mehrheit der Frontsoldaten suchten alles andere als die Fortsetzung ihrer oft traumatischen Gewalterfahrung. Tatsächlich sollte sich in der Zwischenkriegszeit stärker als die Frontgeneration die Kriegsjugendgeneration für die Faszination der Gewalt empfänglich zeigen - schon beim Rathenaumord bildeten hinter den Weltkriegsoffizieren, die den Mord begingen, Gymnasiasten und Lehrlinge das Reservoir der begeisterten Helfershelfer - einer von ihnen war Ernst von Salomon, der diese Tatbegeisterung der um das Fronterlebnis betrogenen Kriegsjugend nachdrücklich geschildert hat.

Einen besonderen Gewaltbeschleuniger bildeten die Nachkriegskämpfe. Wenn am Anfang die Gewalt war, wie Mark Jones zu zeigen versucht hat, bezieht sich dies auf die ungeheuerere Brutalität, mit der von beiden Seiten für oder gegen die neue Ordnung von Weimar gekämpft wurde. In diesen Kämpfen bildete sich mit den Freikorps und Einwohnerwehren und Wehrverbänden ein besonderes Milieu der sozialen Militarisierung deklassierter und entwurzelter Bürgersöhne heraus, das einen förmlichen Gewaltkult ausprägte, wie in Klaus Theweleit in plastischer Eindrücklichkeit geschildert hat. Man muss seinem sozialpsychischen Deutungskonzept der emotionalen Verstümmelung einer fragilen Männlichkeit im soldatischen Körperpanzer nicht folgen, um die ekstatische Feier der Gewalt nicht nur in den sadistischen Schilderungen Manfred von Killingers, sondern auch in der auf den Einsatz umstürzender Gewalt reduzierten Programmatik Hermann Ehrhardts zu erkennen.

Dass diese Gewaltbereitschaft sich in der „Welle von rechts“, die Ernst Troeltsch schon 1919 diagnostizierte, so rasch und vehement ausbreiten konnte, hängt zudem mit den Kontextbedingungen des überraschend verlorenen Weltkrieges zusammen, der das geschrumpfte Deutschland um seinen weltpolitischen Rang brachte, die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes durch die galoppierende Inflation drastisch verschlechterte und die vierjährige Hingabe von Leib und Leben an den Krieg zu einer sinnlosen Fehlinvestition machte. Insbesondere der abrupte Sturz von der Siegesgewissheit in eine unverstandene und totale Niederlage schürte schließlich die

unheilvolle gesellschaftliche Disposition zu Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus immer weiter, die bereits während des Krieges parallel zu den schwindenden Siegesaussichten gewachsen war. Sündenbocksuche, Verschwörungsmythen und Judenhass bildeten auch in der Attentatsserie von 1921/22 das für die an den Attentaten Beteiligten wie für die republikfeindliche Öffentlichkeit ein plausibles Framing, auch wenn anders als Rathenau weder Erzberger noch Scheidemann Juden waren und von Salomon im „Fragebogen“ dem Mordkomplizen Hartmut Plaas sogar die Äußerung in den Mund legte, Rathenau sei nicht ermordet worden, weil er Jude war, sondern obwohl er Jude war.

Zur Frage der Gewaltkontinuität

100 Jahre später und namentlich befeuert durch die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019 und die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), der zwischen 2000 und 2007 10 Menschen zum Opfer fielen und weitere 43 verletzt wurden, stellt sich die Frage nach der Kontinuität der rechtsterroristischen Gewaltgeschichte über die Zäsur von 1945 hinweg in die Bundesrepublik der Gegenwart. Tatsächlich zieht sich eine in der Öffentlichkeit wenig bekannte Terrorspur von den Werwolf-Kommandos des untergehenden NS-Staates über die Wiking-Jugend und verschiedene Wehrportgruppen bis zu den Einzeltätern, die 1968 den Anschlag auf Rudi Dutschke verübten (Josef Bachmann) und 1980 das 13 Menschen tötende Oktoberfestattentat begingen und im selben Jahr den jüdischen Verleger Shlomo Lewin, 1997 auf der Suche nach Gregor Gysi einen Buchhändler niederschossen (Kay Diesner) oder 2003 eine ganze Rechtsanwaltsfamilie auslöschten (Thomas Adolf), bevor noch die Anschläge auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker 2015, auf das Olympia-Einkaufszentrum in München 2016 sowie die Anschläge von Hanau (2019) und Halle (2020) grell beleuchteten, dass die Serie rechtsterroristischer Gewalttaten auch in der Bundesrepublik nie abgerissen ist.

Die Übereinstimmungen sind offenbar. Alle genannten Taten richteten sich gegen verhasste Minderheiten und entsprangen rassistischen und rechtsextremen Weltbildern, hinter ihnen standen in vielen Fällen im Untergrund arbeitende Netzwerke, die im Falle der Wehrsportgruppe Hoffmann und anderer Terrorzellen (Lembcke 1981, Hepp/Kexel-Gruppe 1982) teils umfassende Waffen- und Munitionsdepots angelegt hatten, und die Anschläge wurzelten regelmäßig in einem politischen Tatumfeld, das durch rechtsradikale Parteien wie der NPD und durch die Geltungskraft tatmotivierender Verschwörungsideologeme geprägt war.

Zugleich sind aber auch die Differenzen nicht zu übersehen, und sie legen aus meiner Sicht nahe, die äußerliche Kontinuität nicht mit innerer Bruchlosigkeit zu verwechseln. Die angegriffenen oder erst ausgespähten Opfer der Attentatsserie von 1921/22 waren mit Erzberger,

Scheidemann, Rathenau sowie Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Joseph Wirth und den sächsischen Innenminister Richard Lipinski¹⁰ ausschließlich führende Repräsentanten der Weimarer Republik; die rechtsextremen Anschläge der bundesdeutschen Zeitgeschichte betrafen überwiegend soziale und kulturelle Randgruppen oder richteten sich gegen eine unbestimmte Menschenmenge - die Anschläge auf Dutschke, Reker und Lübcke allerdings bilden hier bedeutsame Ausnahmen. Auch die Täterprofile unterscheiden sich signifikant. Die Weimarer Attentäter waren in den Worten Salomons mehrheitlich „Söhne fundiertesten Bürgertums“; ihre Väter waren Kunstmaler, Museumsdirektoren, Professoren und Kriminalbeamte, und die Helfershelfer ihres Umfelds machten in späteren Jahren nicht nur wie Manfred von Killinger Karriere im NS-Staat als Ministerpräsident und Botschafter, sondern stiegen mit Ernst von Salomon, Friedrich Wilhelm Heinz oder Franz Maria Liedig zum Erfolgsautor, Nachrichtendienstchef und CSU-Mitgründer auf. Für die beiden Mörder Erzberger trifft letzteres allerdings nicht zu; sie kehrten erst mit der nationalsozialistischen Herrschaftsübernahme aus dem Exil zurück und blieben sowohl in der NS-Zeit Außenseiter wie auch nach ihrer Amnestierung in den 1950er Jahren.

Dramatisch unterschiedlich präsentiert sich darüber hinaus der kulturelle und politische Kontext. Nach dem Erzbergermord applaudierte ein beträchtlicher Teil der Zeitgenossen vom nationalkonservativen Milieu bis in die Mitte der Gesellschaft teils verdeckt, teils offen schadenfroh. Als der bei dem Attentat verletzte Begleiter Erzbergers, Carl Diez, sich nach der Tat blutend zum Hotel schleppte, „begegnete er einer Hamburgerin vornehmen Aussehens (...) Sie half ihm, aber als er erzählte, was geschehen war, bemerkte sie nur trocken: ‚Wie konnten Sie nur mit Erzberger spaziergehen?‘“¹¹ Mehr noch: Die illegale Aufrüstung des Weimarer 100.000-Mann-Heeres mit Hilfe der Schwarzen Reichswehr brachte es mit sich, dass die O.C. mit ihren Waffenschiebungen und in der Erfüllung nachrichtendienstlicher Aufgaben in einer Atmosphäre „lizensierter Illegalität“ operierte (Gotthard Jasper) und sich dem Zeugnis Salomons zufolge als Teil der im Versailler Vertrag verbotenen Abwehr verstand. Das führte zu der grotesken Situation, dass die in den zwei Rathenaumordprozess Angeklagten sich erfolgreich als Interessenwahrer des Reichs inszenieren konnten und fallweise erfolgreich den Ausschluss der Öffentlichkeit beantragten, sobald sie vorgaben, dass ihre Aussagen außenpolitische Problemen nach sich ziehen könnten. Indem sie durchblicken ließen, dass ihre Enthüllungen das Reich auf dem sensiblen Feld der illegalen Aufrüstung und der Schwarzen Reichswehr in schwere Bedrängnis bringen könnte. Damit hatten sie eine Waffe in der Hand, die ihnen in allen Attentatsprozessen die Regie über das Verfahren verschaffte, wie die Verteidigung unbefangen zum Ausdruck brachten: „Eine Fortsetzung der Untersuchung in der O.C.-Sache

¹⁰ Daneben tauchten noch die Namen Oskar Cohn, Max Warburg und Theodor Wolff auf.

¹¹ Klaus Epstein, Matthias Erzberger, S.431

bringt diese allgemeine politische Gefahr immer näher. Denn bisher ist es der Verteidigung gelungen, die Beschuldigten zum Stillschweigen über die Beziehungen der Organisation zu den Regierungen anzuhalten. Ob dies bei ca. 120 Angeschuldigten für die Dauer der Fortsetzung des Verfahrens und insbesondere für die Hauptverhandlung möglich sein wird, entzieht sich vor allem auch mit Rücksicht auf die temperamentvolle Jugend des größten Teiles der Angeklagten jeglicher Voraussetzung.“¹² In dem dem eigenen gegen die O.C. geführten Prozess 1924 warf die Verteidigung die Frage auf, „ob die Fortsetzung der Untersuchung mit Rücksicht auf die augenblickliche politische Lage überhaupt möglich ist. Es handelt sich darum, daß die Fortsetzung der Untersuchung das Augenmerk der Franzosen und der übrigen Ententemitglieder auf die Sache lenken könnte. Geschieht dies, so wird Frankreich aus dem Stande der Untersuchung den Schluß ziehen können (...), daß hier die deutsche Behörde eine militärische Geheimorganisation selbst aufgedeckt habe, die von den Regierungen geduldet, ja selbst geldlich unterstützt ist.(...) Frankreich wird dieses Ergebnis (...) benutzen, um die übrigen Ententemitglieder dafür zu ködern, daß Deutschland in einem der wichtigsten Punkte den Versailler Vertrag mißachtete.“¹³

Gegen die Kontinuitätsthese spricht schließlich, dass das Gewaltverständnis der Weimarer Rechtsputschisten eher funktional als exzessiv begründet war. Vergleichsweise wenige von ihnen schlossen sich vor oder nach 1933 der NS-Bewegung an, und diejenigen, die es taten, wurden teils bereits im Zuge der mit dem Namen Röhm verbundenen Säuberungswelle 1934 ausgeschaltet oder verharrten im NS-Staat in innerer Distanz, schlossen sich vereinzelt sogar dem Widerstand an und integrierten sich im Überlebensfall angesichts ihrer mörderischen Vergangenheit überraschend vorbehaltlos in die neue Ordnung. Dass den Mördern Erzbergers diese Integration nicht gelang, spricht nicht gegen diese Hypothese. Im Gegenteil: Sie blieben Außenseiter, weil sie mit der Bürde ihrer Schuld nicht fertig wurden und zumindest im Falle Heinrich Tillessens wohl auch nicht fertigwerden wollten. Und selbst von Salomon bekannte wenige Wochen vor seinem Tod, dass ihn der Gedanke an das von ihm verübte Verbrechen keinen einzigen Tag seines Lebens mehr losgelassen hatte, und dieses Empfinden prägte seine beiden autobiographischen Bücher „Die Kadetten“ und „Der Fragebogen“, die nicht Erzberger, wohl aber Rathenau zu einer Gestalt fast mythischer Größe erheben: „Dieser Mann ist Hoffnung. (...) In seine Hand ist mehr gelegt, als je in eine Hand seit dem November 18. (...) Aber wenn dieser Mann dem Volke noch einmal einen Glauben schenkte, (...) das ertrüge ich nicht.“ So schwülstig Salomon hier einen Politiker rühmt, den die O.C. zu töten sich anschickte, so kühl stand der eigentliche Kopf der Weimarer Mordserie zu der Gewalt, die die Essenz seiner kurzzeitigen Machtstellung in der frühen Republik war. Er hatte im Vernichtungskrieg gegen die Herero und in der Schlacht am Waterberg die Effektivität der entgrenzten Gewalt er-

12 Ebd.

13 BArch, NL 113, Walter Luetgebrune, Notwendigkeit der sofortigen Einstellung des O.C.-Prozesses.

kannt und zu seinem eigentlichen politischen Instrument erkoren, ohne sie zum Selbstzweck zu machen, auch wenn, wie Rudolf Höß oder Ernst von Salomon später bezeugten, diese kalt kalkulierte Gewalt schon damals und wieder im deutschen Nachkrieg durchaus in enthemmte Exzessgewalt übergehen konnte. Gleichwohl: Weniger flammender Hass als vielmehr kalte Gleichgültigkeit gegenüber dem menschlichen Leben beherrschte den Terror, dem am 26. August 1921 Matthias Erzberger zum Opfer fiel, und diese Gleichgültigkeit setzt sich bis heute in vielen Formen fort, aber die Kalkülgewalt der Prominentenmorde von 1921/22 bildet keine unmittelbare Kontinuität zur rauschhaften Gewaltentladung gegenüber verhassten Gruppen der Gegenwartsgesellschaft.